

man, so BNP-Generalsekretär Bhuiyan, eine positive Verhandlungsatmosphäre schaffen. Bhuiyan ist natürlich nicht so naiv, anzunehmen, daß ein grundlos ins Gefängnis geworfener Oppositionspolitiker wie die AL-Führungspersönlichkeit Tofayel Ahmed sich auch noch für seine spätere Freilassung mit einem gepflegten Dialog bedankt. Die Inhaftierung ist Teil eines politischen Machtspiels nach der Devise "Hörst Du nicht auf zu streiken, stecke ich Dich ins Gefängnis". Bangladesh bewegt sich zwischen der Skylla der Anarchie und der Charybdis einer Autokratie. Beides ist den demokratie liebenden Bengalen verhaßt. Mehr als 16 Jahren lebten sie unter demokratisch verbrämten Militärregimes. Wahlen wurden zu demokratischen Feigenblättern des Machtanspruchs eines einzelnen degradiert. Soweit ist man noch nicht in Bangladesh. Khaleda Zia möchte nun zwar die Kröte "neutrale Übergangsregierung" schlucken, jedoch vorher eine notwendige Verfassungsergänzung beschließen. Es sei daran erinnert, daß es das Veto Sheikh Hasinas war, das vor den 1991er Wahlen eine solche Ergänzung verhinderte.

Die AL verfolgt weiterhin die "Ich geh aufs Ganze" Strategie und hat bereits ab-

gewunken. Schließlich kann ein illegales Parlament keine Verfassungsänderung bzw. -ergänzung beschließen. Da helfen auch keine getrennten Gespräche mit Staatspräsident Biswas.

Nachdem man nun fast zwei Jahre brauchte, um sich auf die Regierungsform zu verständigen, die mit der Aufgabe der Wahlüberwachung betraut werden soll, entzündet der Konflikt sich nun an der wiederum zur Schicksalsfrage hochstilisierten Problematik der Urheberschaft einer hierzu notwendigen Verfassungsänderung. Die AL möchte verhindern, daß die BNP, die sich solange gegen die neutrale Übergangsregierung sträubte, nun ausgerechnet als die Partei erscheint, die den Weg dahin ebnet. Die BNP möchte nicht ihr Gesicht verlieren und sich als "Macher" und einzige verfassungstreue Partei präsentieren.

Der Streit geht in die nächste Runde. Der US-amerikanische Politiker Bill Richardson setzte Ende Februar die Reihe der (erfolglosen) Vermittlungsversuche fort. Das Grundübel, nämlich die fehlende Kompromißfähigkeit der beiden Damen, brachte Richardson auf den Punkt. "Beide wollen eine Beilegung des Konflikts - aber zu ihren Bedingungen". Frust macht sich in der Öffentlichkeit

breit. "Was ist das für ein Land, daß sich eine Wahl leistet, zu der kaum jemand hingehet, die fast niemanden interessiert und bestenfalls den Beginn des nächsten Wahlkampfes markiert", so die unbeantwortet bleibende Frage eines Entwicklungsaktivisten.

So wird der Kampf der beiden Ladies vermutlich ins dritte Jahr gehen. Hier das illegitime quasi Ein-Partei-Parlament, dort die außerparlamentarische Opposition. Sheikh Hasina wird als Verwalterin des väterlichen Erbes auftreten und ihren Machtanspruch ideologisch verbrämen, indem sie die 'non-cooperation campagne' als Fortsetzung des heroischen Kampfes gegen die verhaßten Pakistanis darzustellen versucht, nach dem Motto "Bekämpft die innere Kolonialisierung". Auf der anderen Seite steht Khaleda Zia, die sich als Wächterin der Verfassung und weise Führerin der Volksrepublik Bangladesh gibt. Stoff für eine Posse gibt es genug - auch für eine mit Todesfolge. Möglicherweise haben beide bald nicht nur das Blut von Menschen auf dem Gewissen, sondern die Demokratie in Bangladesh. Zur Erinnerung: Mehr als die Hälfte der Bangladeshis lebt unter der Armutsgrenze. Kein Theater - alles echt.

Kommentar

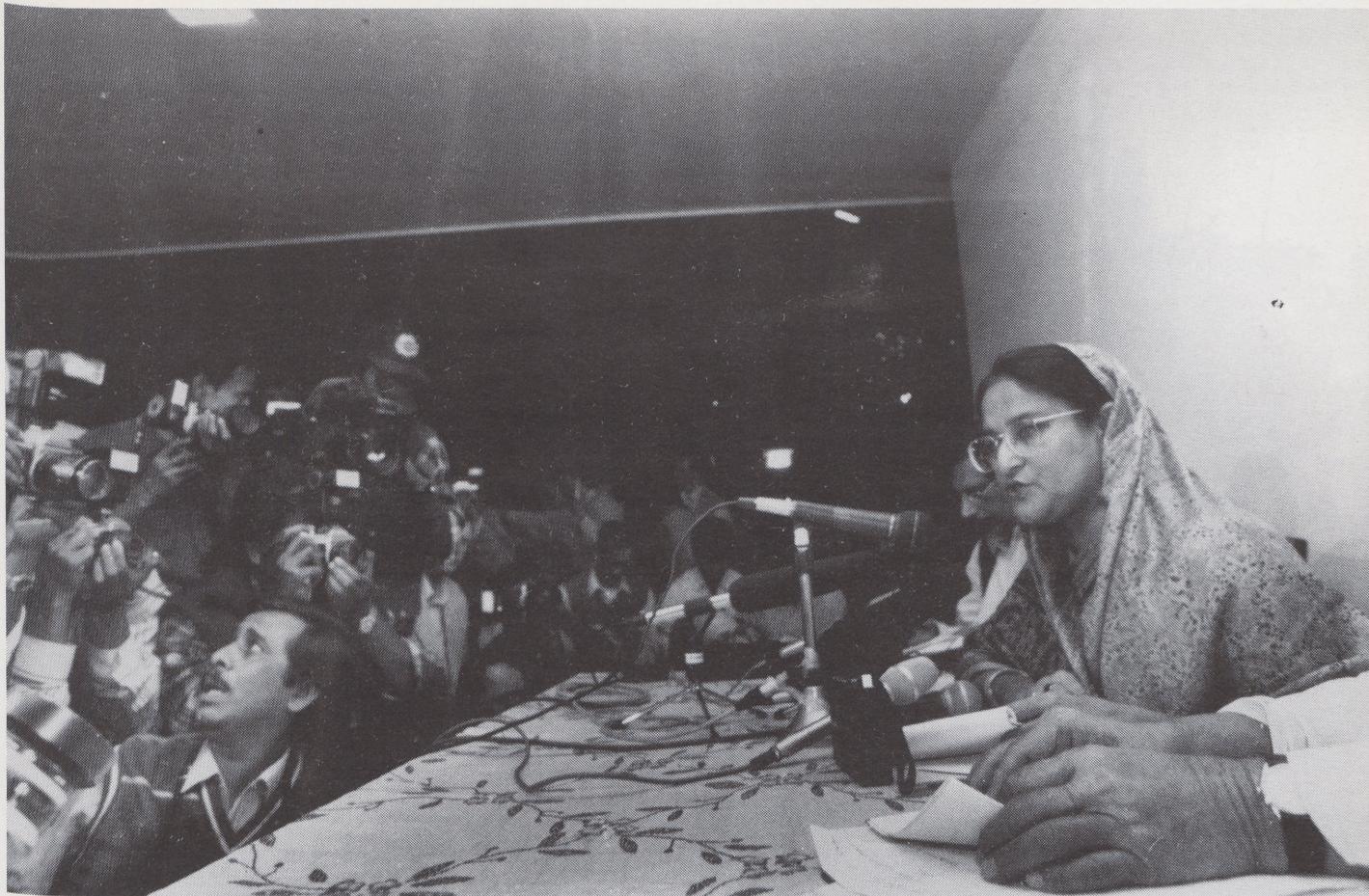
QUO VADIS BANGLADESH?

Wie bereiten wohl die Offiziellen - Vertreter aller Parteien und des öffentlichen Lebens - die Feierlichkeiten zur 25-jährigen Unabhängigkeit Bangladeshs am 26. März dieses Jahres vor, nachdem die gesamte politische Elite und damit die Nation durch die Wahlfarce vom 15. Februar vor einem Scherbenhaufen steht? Die durch einen zweitägigen Generalstreik erzwungene niedrige Wahlbeteiligung hat der Bevölkerung keine politische Wahl ermöglicht, ja sie hat ihr nicht einmal die Chance gegeben, durch eine freie Entscheidung per Stimmverweigerung gegen die anhaltende Erosion der politischen Kultur in Bangladesh zu stimmen und damit beiden Führerinnen einen Denkkzettel zu verpassen.

Wie naiv war Premierministerin Khaleda Zia eigentlich, zu glauben, daß die außerparlamentarische Opposition nicht alle Hebel in Bewegung setzen würde, um die Parlamentswahlen - dieser absurde Versuch, an der Macht zu bleiben - massiv zu stören? Bei all den Drohungen hatten nicht nur 85-90 Prozent der knapp 48 Millionen Wahlberechtigten Angst, mit massenhaften Krankmeldungen blieben auch unzählige offizielle Wahlhelfer den ihnen zugeteilten Aufgaben an den Wahlurnen fern. Bei den Wahllokalen, wo mutige Pressefotografen das Geschehen dokumentieren wollten, wurden entweder eiligst alle Umstehenden zu einer Andrang und Ordnung vortäuschenden Warteschlange arrangiert oder es herrschte so gähnende Leere, daß die Regierung sich hätte rühmen können an diesen zentralen Orten habe es keine Ausschrei-



Alte und neue Regierungschefin: Khaleda Zia (Foto: Ahmed Fazl)



Oppositionsführerin Sheikh Hasina auf einer Pressekonferenz nach den Wahlen (Foto: Altaf Hossain / Drik)

tungen gegeben.

Es hat keinen echten Volksentscheid gegeben, die Situation ist nun noch verfahrenener als vorher, nur mit dem Unterschied, daß man jetzt nicht so kurz vor einem durch die Verfassung vorgegebenen Datum steht.

Nach dem 15. Februar hat es bereits wieder Demonstrationen und Kundgebungen der Oppositionsparteien gegeben. Man scheint sich allseits auf die nächste Runde des Ringens um den Premierministersessel vorzubereiten. Vergessen ist Shehab Ahmeds Leitartikel aus der 'Holiday' vom 1. März 1991, mit dem er die Kraft der neuen Ära demokratischer Wahlen verewigen wollte: "Eine Erfahrung, die wir nie vergessen wollen."

Weitestgehend im verborgenen geblieben im Kampf um die richtige Regierungsform zur Wahlüberwachung (siehe dazu auch den Beitrag von M.P. Houscht in diesem Heft) sind die politischen Inhalte, für die sich die Parteien stark machen wollen. Worin unterscheiden sich die Parteien eigentlich?

Betrachtet man die Entwicklung der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und der 'Awami League' (AL) etwas genauer, so stellt man statt programmatischer Unterschiede große Gemeinsamkeiten fest:

- In ihrer Verfassung hat sich auch die AL schon sehr bald nach den Wahlen von 1991 zur Marktwirtschaft bekannt,

- Sowohl BNP als auch AL müssen sich eine opportunistische Haltung gegenüber dem "Verräter" der Unabhängigkeitsbewegung, die 'Jamaat-e-Islami', vorbehalten lassen. Die BNP brauchte sie 1991 zur Machterringung, die AL hat sich mit ihr in der Frage der neutralen Übergangsregierung zusammengetan. Daß dadurch der Anspruch der AL, die alleinige Partei zu sein, die sich mit dem sogenannten "Geist von 1971" umgeben kann, immer absurder wird, scheint diese Partei kalt zu lassen,

- BNP und AL haben sich für einen hohen Militäretat aus-

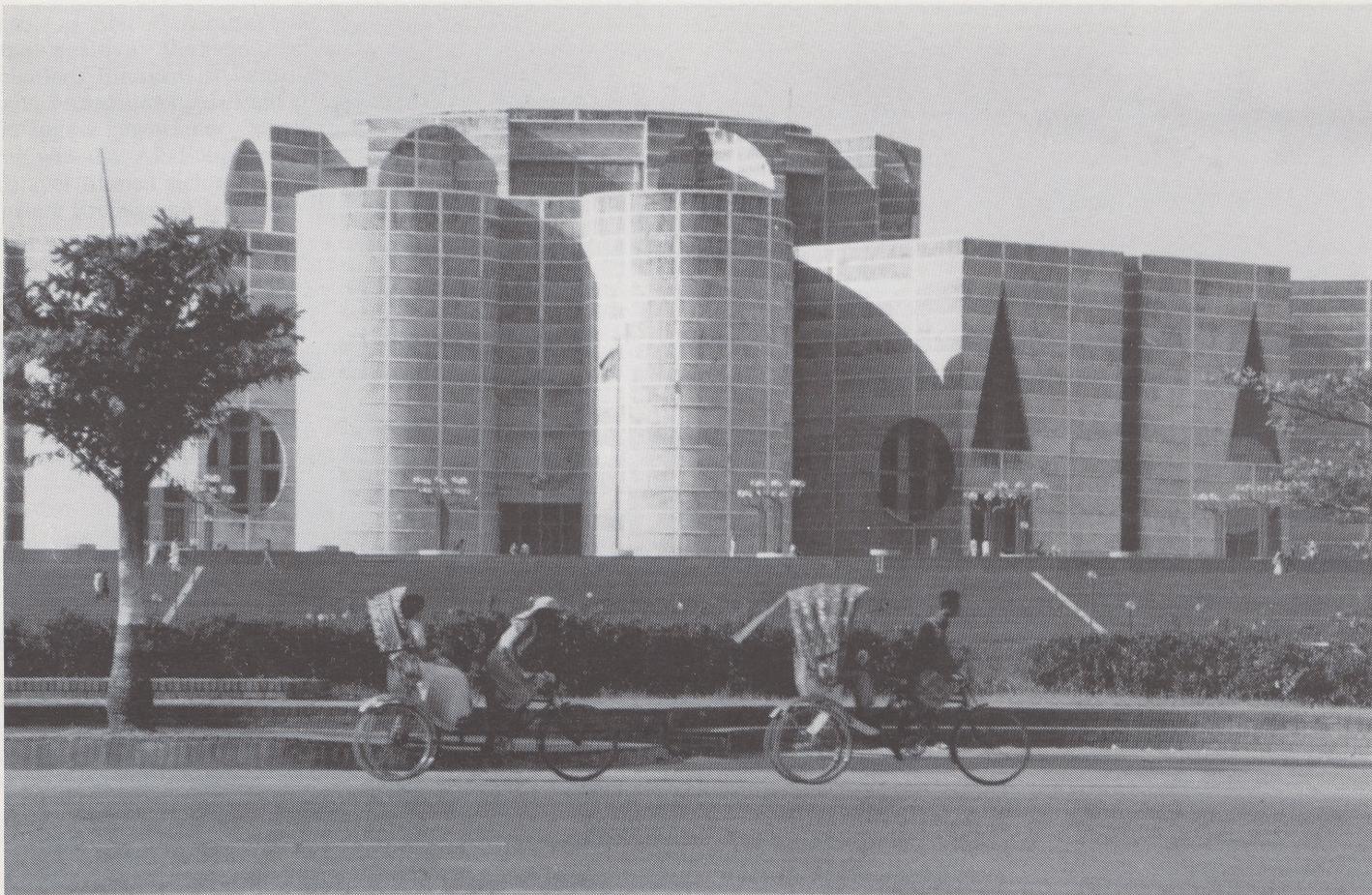
gesprochen.

Ob BNP oder AL - die großen Strukturprobleme des Landes müssen gelöst werden. Den bescheidenen ökonomischen Aufschwung seit Beginn der 90er Jahre kann man sicher nicht allein der BNP-Wirtschaftspolitik zurechnen. Auf sozialpolitischem Gebiet war die Regierungspartei eher repressiv, das Taslima Nasreen Fiasko brachte international eher negative Schlagzeilen und die Bauernrevolte gegen die drastische Erhöhung der Dünger-Preise zur wichtigsten Zeit, hat der Partei viel Ansehen gekostet.

Auch eine eingetretene Reduzierung der Inflationsrate bedeutet für die Mehrheit der Bevölkerung noch nicht, von der Bürde der Preissteigerungen befreit zu sein; auch eine steigende landwirtschaftliche Produktion bedeutet für die Armen nicht, nunmehr ausreichend versorgt zu sein und schließlich bedeutet der Boom der letzten Jahre in der industriellen Produktion - besonders in der Bekleidungsindustrie - für die etwa eine Million Angestellten, zumeist junge Frauen, noch nicht, daß sie zufriedenstellende Arbeitsbedingungen haben. Erst kürzlich gab es eine Großdemonstration von Frauen dieser Branche in Dhaka, die den gesetzlich verankerten, arbeitsfreien Freitag einforderten.

BNP und AL müssen sich weiterhin an den Versprechungen messen lassen, die bereits vor fünf Jahren die BNP abgab und bis heute nicht einlösen konnte:

- Abschaffung der Korruption,
- Drastische Maßnahmen gegen den Gebrauch illegaler Waffen (besonders innerhalb der Universitäten),
- Befriedigung der Grundbedürfnisse (Bekämpfung der Armut),
- Freiheit der Medien (Radio und TV sind weiterhin keine autonomen Einrichtungen),
- Steuerliche Erleichterung für Importe zur Stimulierung der heimischen Produktion,



Im neuen Parlament hat nach den Wahlen die Partei von Khaleda Zia über fast alle Sitze (Foto: Walter Keller)

- Verwirklichung der Zahlung der festgesetzten Mindestlöhne (vor allem der einfachen Arbeiter),
- verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten (vorrangig für Mädchen).

Das einfachste Wahlgeschenk, den Bauern einen landwirtschaftlichen Kredit von bis zu 5.000 Taka (etwa 180 DM) zu erlassen, wurde zwar als eines der wenigen Versprechen erfüllt, hat jedoch eher negative Auswirkungen auf die generelle Rückzahlungsmoral der ländlichen Bevölkerung gehabt. Es hat zahllose NROs, aber auch Regierungsinstanzen, die Armutsbekämpfung über Kleinkredit-Projekte abwickeln, um rurale Einkommen langfristig zu verbessern, Jahre gekostet, diese Moral wieder herzustellen.

Es ist eine offene Frage, ob die AL nach einer Übernahme der Regierungsgeschäfte die Berichte der 29 unabhängigen Sondergremien (task forces), die die Übergangsregierung von Shahabuddin Ahmed 1991 einsetzte, hervorholen würde, um das Land langfristig aus der Krise zu führen. Rehman Sobhan, einer bekanntesten Wirtschaftswissenschaftler des Landes und Mitarbeiter des 'Zentrum für Politikdialog' in Dhaka bedauert in einem Beitrag, daß die darin gemachten Vorschläge der fähigsten Köpfe des Landes bisher nicht in die Politik einbezogen und auch keiner parlamentarischen, geschweige denn einer öffentlichen Diskussion zugeführt wurden.

Der Wissenschaftler erinnert daran, daß bisher alle größeren Reformen (Privatisierungsbestrebungen, Reformen der öffentlichen Verwaltung, Import-Liberalisierung, Finanz-, Energie- und Transportsektor-Reformen) ausschließlich von den großen, internationalen Entwicklungshilfe-Geldgebern, vor allem der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken, ausgegangen sind. Damit macht er einerseits erneut die erschreckende Abhängigkeit von außen deutlich, weist aber auch auf die Zweischneidigkeit der Politik der Geberna-

tionen hin. Die externen Kräfte geben zwar vor, erkannt zu haben, daß jegliche Reformen von einem Bedürfnis der Regierung ausgehen müßten - die dann auch bereit sein müsse, eigene Fähigkeiten und Ressourcen zu mobilisieren und für die Vorhaben die öffentliche Zustimmung einzuholen - sie halten sich jedoch nicht an dieses Prinzip und nehmen somit den landeseigenen Institutionen die Möglichkeit einer glaubwürdigen Politik. Das Ergebnis ist eine unterwürfige Regierung, die nur auf Druck der Geber reagiert und damit das gewünschte demokratische Mandat unterminiert.

Im Bereich der Industriekredite sieht Sobhan große Verfehlungen, wobei die mangelhafte Überprüfung der Bonität der Nehmer nur ein Beispiel darstellt. So gehen nach wie vor wichtige Ressourcen für das oberste Ziel der Armutsbekämpfung verloren. Man muß leider Rehman Sobhans Pessimismus teilen, wenn er Zweifel an der visionären Kraft des zukünftigen Regimes äußert. Keine guten Aussichten für ein Land, daß es ohnehin schwer hat.

(Claus Euler)